

Kasachstan: Innovative Rückführung mit Mängeln

Im Fall Kasachstan wurde erstmals bei einer Rückführung die Idee eines unabhängigen Fonds umgesetzt, der eine korrekte und transparente Verwendung der Gelder garantiert. Jedoch lässt man dabei national verankerte Kampagnenorganisationen aussen vor und holt professionalistische Dienstleistungs-NGO ins Fonds-Management.

Max Mader

Am 2. Mai unterzeichneten Kasachstan, die USA, die Schweiz und die Weltbank in Washington zwei Abkommen, welche die Rückführung, Verwendung und Kontrolle der in Genf blockierten kasachischen Vermögenswerte regeln. Die zurückgeführten Gelder (84 Mio. \$ plus Zinsen) sollen für benachteiligte Kinder in Kasachstan eingesetzt und das entsprechende Programm international überwacht werden. Ferner sehen zwei Zusatzabkommen vom 1. Dezember 2006 konkrete Programme zur Korruptionsbekämpfung vor.

Engagement der Kasachstan-Koalition*

Die Aktion Finanzplatz Schweiz hatte 2004 die Arbeit im Fall Kasachstan aufgenommen und eine erste parlamentarische Anfrage initiiert. Seit 2005 wirkte die Koalition schweizerischer und kasachischer NGO durch Medienberichte, Lobbying und parlamentarische Vorstösse auf eine nachhaltige Rückführung hin. Am 5. Mai 2007 vertrat die Koalition in einer Medienmitteilung die Position, die Fonds-Lösung dürfe nicht zur Straffreiheit der Schuldigen führen.

Notorisches Lippenbekenntnis der Weltbank

Besorgt äusserte sich die Koalition auch darüber, dass die Zivilgesellschaft bei der Auswahl und beim Monitoring der Projekte nicht einbezogen wird. Es wäre dagegen im Geist der Memoranda sowie der Weltbankprinzipien, dass die Zivilgesellschaft als Beobachter der Projektdefinition, -auszahlung und -umsetzung beteiligt wird. Auch

* Die Kasachstan-Koalition ist ein Zusammenschluss verschiedener NGO in der Schweiz und Kasachstan unter Federführung der Aktion Finanzplatz Schweiz und besteht aus: Aktion Finanzplatz Schweiz, Erklärung von Bern, Solidaritätsfonds, Transparency International Swiss Chapter sowie der kasachischen International Economic Academy of Eurasia, Almaty (IEAE)

steht sogar der Inhalt der Memoranda mit deren Anhang insofern im Widerspruch, als im letzteren ausdrücklich eine zivilgesellschaftliche Konsultation vorgesehen ist.

Gutes tun und den Rest verschweigen

Offen bleibt vorerst, ob die Abkommen zur Straffreiheit für den Finanzintermediär James Giffen und die involvierten Regierungsbeamten und Ölfirmen führen werden. Bekanntlich sind Präsident Nazarbayev und weitere Personen, welche in die Bestechungsaffäre verwickelt sind, für die USA wichtige Figuren im Kalkül ihrer ressourcenpolitischen Interessen und wurden in der Vergangenheit mit Samthandschuhen angefasst. Die Vorbildlösung des unabhängigen Fonds ist geeignet, von der Schuldfrage abzulenken. So kamen denn auch die Abkommen als „gerichtliche Einigung“ der Parteien im Strafverfahren gegen James Giffen vor einem US-Gericht zustande.